

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 93 (2008)
Heft: 5

Rubrik: Freidenker-Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freidenker-Umschau

Bern

Der Grosse Rat lehnte die EDU-Motion zur Gleichstellung von Evolutionstheorie und Schöpfungslehre im Schulunterricht mit 99 zu 23 bei 25 Enthaltungen ab. Das Thema war auch Gegenstand mehrerer Verlautbarungen der FVS gewesen. Ebenfalls abgelehnt wurde eine Motion der EVP, die einen Bericht über das Verhältnis von Staat und Kirchen verlangte. Die Berner Sektion der FVS hatte die Motion im Vorfeld in einem Schreiben an alle Mitglieder des Grossen Rates unterstützt und auf die Probleme aus der Sicht der Konfessionsfreien und Freidenker hingewiesen. Die Mehrheit des Rates witterte einen Angriff auf die Position der Landeskirchen und lehnte ab. Bund 10./11. April 2008

Schaffhausen

Das Schaffhauser Obergericht kam im Dezember 2007 – abweichend vom Leiturtel des Bundesgerichts von 1993 – zum Schluss, dass eine Güterabwägung unter den heute gegebenen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen gegen eine Dispensation muslimischer Schulkinder vom gemischten Schwimmunterricht spreche, da es einerseits nicht um eine zentrale, allgemein anerkannte Forderung des muslimischen Glaubens gehe und andererseits erhebliche und überwiegende Interessen der Geschlechtergleichstellung und der gesellschaftlichen Ausländerintegration an der Durchführung eines nicht geschlechtergetrennten Schwimmunterrichts bestünden. Der Entscheid wird ans Bundesgericht weitergezogen.

Schaffhauser Nachrichten 31. Januar 2008

Zürich

Trotz Widerstand seitens der SP und der Grünen erklärte das Parlament ein Postulat von SVP und religiösen Parteien mit 79 Stimmen für dringlich, das vom Regierungsrat verlangt, eine Strafuntersuchung gegen die Sterbehilfeorganisation Dignitas einzuleiten und der Organisation bis zum Abschluss des Verfahrens die Suizidbeihilfe zu untersagen. Der Regierungsrat muss nun innerhalb von vier Wochen dazu Stellung beziehen. NZZ 15.04.2008

Respekt vor den Menschenrechten!

Bundesrätin Calmy-Rey trug einen Schal, als sie den iranischen Präsidenten besuchte. Das hat einige Kritik hervorgerufen.

Sie meint, dies sei eine Frage des Respektes.

Respekt wovor? Wieviel Respekt vor ihrer religiösen Überzeugung können Staatsführer erwarten?

Wenn es um staatspolitische Gespräche geht – keinen.

Auch wenn die Bundesrätin dies nicht als Unterordnung unter ein patriarchales Gebot versteht, das patriarchale Gegenüber hat es bestimmt so verstanden.

Andere Politikerinnen haben anders entschieden: Frau Egerszegi hat offenbar anlässlich ihres Besuches in Saudi-Arabien ihr Haar nicht bedeckt, auch die deutsche Bundespräsidentin Angela Merkel tat es nicht. Die verstorbene Journalistin Oriana Fallaci hatte gewagt, vor Ayatollah Khomeini den Tschador abzuwerfen, den sie tragen musste um überhaupt vorgehen zu werden...

Welche Mittel heiligen welchen Zweck?

Die Bundesrätin trug einen transparenten Schleier und



hat wahrscheinlich – wie so oft – kokett gelächelt... Sie könnte also mit dem Verführungsaspekt der Verschleierung gespielt und den Präsidenten bezirzt haben. Sie könnte unter dem scheinbaren Respekt des Schleiers cool kalkuliert ihre Anliegen, die Menschenrechte, effizienter an den iranischen Mann gebracht haben.

Hat sie aber kaum, der Schleier wirkte keineswegs verführerisch oder elegant, sondern eher unbeholfen – allerdings: manche Männer finden sowas ja gerade sexy... Politikerinnen sollten jedoch nicht mit weiblichen Reizen spielen, wenn sie ernst genommen werden wollen.

Wieviel Respekt vor Traditionen?

Nachvollziehbar ist solcher Respekt, wenn es um einen Besuch einer religiösen Stätte oder Veranstaltung geht – dies sollten unsere Bundesrätinnen aber sowieso vermeiden. Tun sie aber nicht, sie reisen etwa auch zu dritt an Papstbeerdigungen, obwohl sie damit keineswegs alle SchweizerInnen und nicht einmal alle KatholikInnen vertreten.

Falsches Zeichen am falschen Ort

Der Schal (und wohl auch die offenbar von Iran verlangte Anwesenheit eines Regierungsmitgliedes bei der Vertrags-

> Seite 6

Köln

Die geplante Einführung des islamischen Religionsunterrichtes als reguläres Schulfach harzt: Im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW leben eine Million Muslime – mehr als in jedem anderen Bundesland. Ihre Gemeinschaften und Verbände aber sind vielfältig und verfolgen höchst unterschiedliche Interessen.

Widerstände gegen Projekt gibt es namentlich bei säkularisierten Türken.

Kölner Stadtanzeiger 14.04.2008

Frankreich

Präsident Nicolas Sarkozy betont in seiner Konzeption der «positiven Laizität» u.a. die Bedeutung der spirituellen Strömungen für die Definition der Moral des Staates. Er nimmt dabei das Problem der notwendigen Integration der Muslime zum Vorwand, um das Gesetz zur Laizität von 1905 weiter abzubauen. Auf einem Empfang der Vertreter des Rates der jüdischen Institutionen Frankreichs plädierte Sarkozy für die Wiedereinführung des

Religionsunterrichtes. Er sagte dort u. a.: «Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unsere Kinder zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer intellektuellen und humanen Ausbildung das Recht haben, sich mit religiös engagierten Menschen zu treffen, die ihnen die spirituellen Fragen und die göttliche Dimension eröffnen.»

Während der Gedenkfeier zu Ehren des letzten überlebenden Soldaten des 1. Weltkrieges bekreuzigte sich Sarkozy mehrere Male. www.hpd.de